



FREIBURGER MIETENBÜNDNIS

FÜR DAUERHAFT BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Freiburg, 15. Mai 2020

Acht gute Gründe das Mietmoratorium zu verlängern

Der sogenannte soziale Wohnungsbau der vergangenen Jahre hat versagt – sowohl sozial als auch ökologisch. Es steht eindeutig zu erwarten: Die Mieter*innen werden zu den Verlierer*innen der Krise gehören. Nach der Corona-Krise werden sie noch weniger Geld zur Verfügung haben als jetzt. Und schon jetzt sind die Belastungen durch Miete und Nebenkosten für viele nicht mehr tragbar. Wann also wäre ein Mietstopp gerechtfertigt, wenn nicht jetzt! Wir brauchen eine Politik (nicht nur bei der Freiburger Stadtbau), die konkrete Lösungen anbietet, die durchsetzbar sind und sich auf lokaler Ebene verwirklichen lassen. Konkret:

- 1) Die Corona-Krise trifft die Mieter*innen in besonderem Maße. Viele von ihnen werden nun noch weniger Geld zum Lebensunterhalt zur Verfügung haben und unsere Solidarität brauchen.
- 2) Eine Mietstoppverlängerung ist auch betriebswirtschaftlich vertretbar, denn die Freiburger Stadtbau (FSB) macht seit Jahren Gewinne von ca. 10 Mio. Euro pro Jahr. Die Kosten für eine Verlängerung des Mietmoratoriums bis zum 31.12.2024 sind insgesamt deutlich geringer als die Gewinne der FSB eines einzigen Jahres.
- 3) Eine Verlängerung des Mietstopps bei der FSB hat Signalwirkung für andere Wohnungsbauunternehmen, regional und überregional!
- 4) Das Argument, viele FSB-Mieter*innen müssten die Mieten ja nicht selbst bezahlen, da sie Transferleistungen empfangen, ist nicht stichhaltig. Es verfällt der Logik einer verfehlten Finanzpolitik der Verschiebung von Geld aus der linken in die rechte Tasche. Außerdem müssen nicht wenige Mieter*innen wegen der übersteuerten Mietpreise einen Teil ihrer Hilfen für den Lebensunterhalt für die Miete aufbringen.
- 5) Das Geld für den dringend benötigten Bau von bezahlbarem Wohnraum (Stühlinger/Dietenbach) muss und kann von Bund und Land bzw. über Fördermittel und Kredite beschafft werden. Die Stadt Freiburg kann und muss Grundstücke günstig zur Verfügung stellen.
- 6) Eine Verlängerung des Mietmoratoriums schafft Zeit für eine breite gesellschaftliche Debatte um eine Neuausrichtung der FSB, die bisher nur hinter verschlossenen Türen und ohne Einbeziehung der Betroffenen und anderer städtischen Akteure erfolgte.
- 7) Sozialer Wohnungsbau darf nicht länger nur zeitlich befristet sein. Das deutsche Modell ist hier im europäischen Vergleich eine unrühmliche Ausnahme. Die FSB muss damit beginnen, alle Wohnungen so zu vermieten, als wären sie dauerhaft Sozialwohnungen.
- 8) Ein kommunales Wohnungsunternehmen mit einem sozialen Auftrag sollte überhaupt keine Gewinne abwerfen! Es soll breite Schichten der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum versorgen. Dafür braucht es einen Mietstopp für weitere fünf Jahre!

Fünf Jahre Mietmoratorium verschaffen uns die Zeit für eine breite gesellschaftliche Debatte unter Einbeziehung der Betroffenen, der Mieter*innen. Es verschafft uns Zeit für sozial nachhaltige Lösungen. Nutzen wir sie gemeinsam!